

ANTISEMITISCHE VORFÄLLE IN BERLIN

JANUAR BIS JUNI 2021

Eine Auswertung der Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin)



IMPRESSUM

Herausgeber_innen

Verein für Demokratische Kultur in Berlin (VDK) e. V. und Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin), Gleimstraße 31, 10437 Berlin
Telefon: 030 / 817 98 58 18
presse@rias-berlin.de

Berlin, 1. Auflage 2021

ISSN 2569-8222

V.i.S.d.P.

Bianca Klose / Verein für Demokratische Kultur in Berlin (VDK) e.V.

Konzept und Redaktion

Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin)

Layout und Grafik gegenfeuer.net

Lektorat Frank Engster

Bildnachweis

Die Bildrechte verbleiben beim VDK e. V., bzw. auf Seite 38 bei Grischa Stanjek/Democ und auf den Seiten 29, 32–34, 46 und 49 bei den uns bekannten Fotograf_innen.

RIAS Berlin ist ein Projekt des Vereins für Demokratische Kultur in Berlin (VDK) e. V. und wird gefördert im Rahmen des Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. In Berlin – Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung sowie durch die Amadeu Antonio Stiftung.

Urheberrechtliche Hinweise

© Copyright 2021 Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin). Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird für nichtkommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Herausgeber_innen behalten sich das Urheberrecht vor. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung der Herausgeber_innen gestattet. Darüber hinaus muss die Quelle korrekt angegeben und ein Belegexemplar zugeschickt werden.

Haftungsausschluss Die Informationen in diesem Bericht wurden nach bestem Wissen und Gewissen formuliert. Für die Vollständigkeit und Aktualität der Informationen übernimmt die_der Herausgeber_in keine Gewähr. Diese Publikation enthält Links zu Webseiten Dritter, auf deren Inhalt wir keinen Einfluss haben. Deshalb können wir für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen. Für die Inhalte der angegebenen oder verlinkten Seiten ist stets die_der jeweilige Anbieter_in oder Betreiber_in der Seiten verantwortlich.

Gender_Gap Der VDK e. V. benutzt in seinen Texten den Gender_Gap, um alle Geschlechter und Geschlechtsidentitäten darzustellen. Der Unterstrich stellt den Zwischenraum für alle Menschen dar, die sich in der Zwei-Geschlechterordnung nicht wiederfinden. Die Schreibweisen in Zitaten wurden beibehalten.

Titelseite Der Buchstabe des hebräischen Alphabets ן (Chet) hat im alphanumerischen Code Gematria einen Zahlenwert von 8. Die Wiederholung und Anordnung zu einem Muster ist inspiriert von antiken Schriftbildnissen, künstlerischer Kalligraphie und funktionaler Typographie.

INHALT

- 4 Zusammenfassung
- 6 Begrifflicher Rahmen und Kategorien
- 14 Antisemitische Vorfälle in Berlin,
Januar bis Juni 2021
- 20 Die Statistik auf einen Blick
- 26 Beispiele
- 36 Monitoring:
„Stop doing what Hitler did to you.“
Die Eskalation im israelisch-palästinensischen
Konflikt als Gelegenheitsstruktur für antisemitische
Vorfälle in Berlin zwischen 9. Mai und 8. Juni 2021

ZUSAMMENFASSUNG

Im ersten Halbjahr 2021 wurden der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin) 522 antisemitische Vorfälle bekannt. Darunter befanden sich 12 Angriffe, 22 gezielte Sachbeschädigungen, 15 Bedrohungen, 447 Fälle verletzenden Verhaltens sowie 26 antisemitische Massenzuschriften. Im Schnitt wurden RIAS Berlin jeden Tag knapp drei antisemitische Vorfälle bekannt.

Allein im Mai dokumentierte das Projekt 211 antisemitische Vorfälle – so viele wie in keinem anderen Monat seit Beginn der systematischen Dokumentation antisemitischer Vorfälle in Berlin seit 2015. Ursächlich dafür waren antisemitische Anfeindungen, die sich gegen Berliner Jüdinnen_Juden richteten und die im Zusammenhang standen mit der erneuten Eskalation im Nahostkonflikt. Im ersten Halbjahr wiesen 164 Vorfälle einen solchen Bezug auf. Außerdem wurden weiterhin Vorfälle – insgesamt 78, hierunter 20 Versammlungen – mit Bezug zur COVID-19-Pandemie registriert. Die antisemitische Deutung der Pandemie, auf die RIAS Berlin bereits im vergangenen Jahr hingewiesen hatte, führte also auch im ersten Halbjahr 2021 zu antisemitischen Äußerungen und Handlungen, wenn auch in geringerem Umfang als 2020.

Von den insgesamt 128 betroffenen Personen waren 87 jüdisch oder israelisch oder wurden als solche adressiert. 252 der 292 betroffenen Institutionen waren ebenfalls jüdisch oder israelisch.

Zu berücksichtigen ist, dass die Auswertung und Analyse der im ersten Halbjahr dokumentierten Vorfälle in diesem Jahr auf einer anderen Datengrundlage als in den Jahren zuvor erfolgt, da die in der polizeilichen Statistik Berlins erfassten antisemitischen Straftaten nicht berücksichtigt werden. Trotz veränderter Datengrundlage (s. S. 19), wurden dem Projekt 2021 mehr Vorfälle im ersten Halbjahr bekannt als in fast allen Halbjahren zuvor: In den vergangenen Jahren dokumentierte RIAS Berlin für die erste Jahreshälfte inklusive Nachmeldungen 515 (2017), 579 (2018), 457 (2019) sowie 447 (2020) Vorfälle.

BEGRIFFLICHER RAHMEN UND KATEGORIEN

Antisemitische Vorfälle, die RIAS Berlin bekannt wurden, werden durch die Mitarbeiter_innen des Projekts im Austausch mit den Meldenden verifiziert und danach systematisch erfasst. Dieses Verfahren erlaubt es, Aussagen über die Formen, das Vorkommen und die Entwicklung antisemitischer Vorfälle in Berlin zu treffen. Antisemitische Straftaten und Vorfälle, die von der Polizei oder Justiz nicht als strafbar erachtet werden, werden ebenfalls nach den verschiedenen Vorfällen systematisiert.

Inhaltlich orientiert sich die Einordnung antisemitischer Vorfälle durch RIAS Berlin an der von der Bundesregierung empfohlenen Arbeitsdefinition von Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA). Diese wurde von zivilgesellschaftlichen Initiativen aus Berlin für den deutschsprachigen Kontext spezifiziert und operationalisiert.¹ Darüber hinaus nutzt RIAS Berlin zur Orientierung die von der IHRA verabschiedete Arbeitsdefinition zur Leugnung und Verharmlosung des Holocaust.² Bei der Abgrenzung zwischen israelbezogenem Antisemitismus und legitimer Kritik an israelischer Politik orientiert sich RIAS Berlin zudem an der von Natan Sharansky vorgeschlagenen Trias aus Dämonisierung, Delegitimierung und doppelten Standards.³

RIAS Berlin analysiert bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle verschiedene Kategorien: Vorfalltyp, Gruppen von Betroffenen, Erscheinungsformen von Antisemitismus sowie politisch-weltanschaulicher Hintergrund.

1 Siehe zu den Arbeitsweisen von RIAS Berlin online unter <https://report-antisemitism.de/rias-berlin>.

2 Siehe ebd.

3 Siehe Sharansky, Natan: 3D Test of Anti-Semitism: Demonization, Double Standards, Delegitimization. In: Jewish Political Studies Review 16 (2004) 3–4, einsehbar unter <http://jcpa.org/article/3d-test-of-anti-semitism-demonization-double-standards-delegitimization/>, abgerufen am 07.10.2021.

Vorfalltypen

RIAS Berlin unterscheidet je nach Art und Schwere des Vorfalls sechs verschiedene Vorfalltypen. Diese Typen wurden ursprünglich vom Community Security Trust (CST) in Großbritannien entwickelt und später von RIAS Berlin für den deutschen Kontext angepasst.

Als **extreme Gewalt** gelten physische Angriffe oder Anschläge, die den Verlust von Menschenleben zur Folge haben können oder schwere Körperverletzungen darstellen. Als **Angriffe** werden Vorfälle betrachtet, bei denen Personen körperlich angegriffen werden, ohne dass dies lebensbedrohliche oder schwerwiegende körperliche Schädigungen nach sich zieht. Diese Kategorie beinhaltet auch den bloßen Versuch eines physischen Angriffs. Unter einer **gezielten Sachbeschädigung** wird die Beschädigung oder das Beschmieren jüdischen Eigentums mit antisemitischen Symbolen, Plakaten oder Aufklebern verstanden. Dazu zählt auch die Beschädigung oder Beschmutzung von Erinnerungszeichen und -orten, also z. B. von Gedenkstätten, Gedenktafeln, Stolpersteinen, aber auch von Geschäftsstellen entsprechender Institutionen. Als **Bedrohung** gilt jegliche eindeutige und direkt an eine Person oder Institution adressierte schriftliche oder mündliche Androhung von Gewalt. Als **verletzendes Verhalten** werden sämtliche antisemitischen Äußerungen gegenüber jüdischen oder israelischen Personen oder Institutionen gefasst, aber auch antisemitische Beschimpfungen oder Kommentare gegenüber anderen Personen und Institutionen. Dies gilt auch für antisemitische Aussagen, die online getätigt oder verbreitet werden, sofern diese direkt an eine konkrete Person oder Institution adressiert sind. Als verletzendes Verhalten gelten auch Beschädigungen oder das Beschmieren nicht-jüdischen Eigentums durch antisemitische Symbole, Plakate, Aufkleber etc. Als **Massenzuschrift** werden schließlich antisemitische Zuschriften erfasst, die sich an einen größeren Kreis von Personen richten; dies geschieht meistens online.

RIAS Berlin erfasst zudem auch proaktiv Versammlungen mit antisemitischer und israelfeindlicher Ausrichtung. Das umfasst Beobachtungen vor Ort, Hintergrundanalysen sowie sich daraus ergebende Bewertungen. Dieses Monitoring betrifft jedes Jahr zahlreiche Versammlungen. Werden dabei in Reden, in Parolen, auf mitgeführten Transparenten oder in Aufrufen antisemitische Inhalte festgestellt, wird die gesamte Versammlung als ein antisemitischer Vorfall des Typs **verletzendes Verhalten** registriert. Kommt es bei oder am Rand einer solchen Versammlung außerdem zu antisemitisch konnotierten Angriffen oder Bedrohungen, werden diese jeweils zusätzlich als eigenständige antisemitische Vorfälle registriert.

Betroffene

RIAS Berlin unterscheidet bei Betroffenen antisemitischer Vorfälle zwischen Einzelpersonen und Institutionen. Neben Jüdinnen_Juden und Israelis können von Antisemitismus auch **Einzelpersonen** betroffen sein, die als jüdisch wahrgenommen oder adressiert werden, sowie alle anderen Personen wie beispielsweise Journalist_innen oder Politiker_innen. Von einem antisemitischen Vorfall können mehrere Einzelpersonen gleichzeitig betroffen sein.

Bei betroffenen **Institutionen** handelt es sich einerseits um religiöse und weltliche jüdische Körperschaften und Vereine sowie um israelische Einrichtungen. Andererseits können auch nicht-jüdische zivilgesellschaftliche Organisationen, Parteien, Medien oder Bildungseinrichtungen sowie andere, als jüdisch wahrgenommene bzw. adressierte Institutionen Betroffene antisemitischer Vorfälle sein. Von antisemitischen Vorfällen betroffene Institutionen zählen pro Vorfall als ein_e Betroffene_r.

Nicht zuletzt gibt es auch Vorfälle, denen RIAS Berlin **keine direkt Betroffenen** zuweist. Dies ist etwa bei antisemitischen Schmierereien, Aufklebern, Plakaten im öffentlichen Raum sowie bei Versammlungen mit antisemitischen Inhalten der Fall.

Erscheinungsformen von Antisemitismus

Inhaltlich unterscheidet RIAS Berlin bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle fünf verschiedene Erscheinungsformen von Antisemitismus. Im **antisemitischen Othering** werden Jüdinnen_Juden als fremd oder nicht-dazugehörig zur jeweiligen Mehrheitsgesellschaft beschrieben. Das ist beispielsweise der Fall, wenn jüdische oder nicht-jüdische Institutionen oder Personen als „Jude“ beschimpft oder als jüdisch markiert werden. Im **antijudaistischen Antisemitismus** werden religiös begründete Stereotype verbreitet, etwa der Vorwurf, Jüdinnen_Juden seien für den Tod Jesu verantwortlich. Wird Jüdinnen_Juden eine besondere politische oder ökonomische Macht zugeschrieben, etwa im Rahmen von Verschwörungsmythen, so wird dies dem **modernen Antisemitismus** zugerechnet. **Post-Schoa-Antisemitismus** bezieht sich auf den Umgang mit den nationalsozialistischen Massenverbrechen, beispielsweise wenn die Erinnerung an die NS-Verbrechen abgelehnt wird oder diese bagatellisiert werden. **Israelbezogener Antisemitismus** liegt vor, wenn sich antisemitische Aussagen gegen den jüdischen Staat Israel richten, etwa indem diesem die Legitimität abgesprochen wird. In der Praxis lässt sich ein antisemitischer Vorfall häufig mehreren Erscheinungsformen zuordnen. Aufgrund dieser Mehrfachzuordnungen ist die Anzahl der festgestellten Erscheinungsformen in der Regel höher als die Zahl der antisemitischen Vorfälle.

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund

RIAS Berlin klassifiziert – soweit möglich – den politisch-weltanschaulichen Hintergrund eines antisemitischen Vorfalles oder der dafür Verantwortlichen. Diese Zuordnung erfolgt nur, wenn sie sich aus der Selbstbezeichnung der Verantwortlichen oder aus den verwendeten antisemitischen Stereotypen eindeutig ableiten lässt. Da diese Zuordnung nicht immer möglich ist, werden viele antisemitische Vorfälle aufgrund mangelnder Informationen keinem politisch-weltanschaulichen Hintergrund zugeordnet. Bei der Zuordnung unterscheidet RIAS Berlin sieben politisch-weltanschauliche Spektren. Dabei ist pro Vorfall nur eine Zuordnung möglich.

Als **rechtsextrem/rechtspopulistisch** werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit dem rechtsextremen oder dem rechtspopulistischen Spektrum verbunden sind. Dabei steht Rechtsextremismus als Sammelbegriff für antimoderne, antidemokratische, antipluralistische und gegen die Menschenrechte gerichtete Einstellungen, Handlungen und Strömungen. Gemeinsames Kennzeichen verschiedener rechtsextremer Ideologien sind die Vorstellungen von einer prinzipiellen Ungleichwertigkeit verschiedener Menschen(-gruppen), das Streben nach einem Leben in ethnisch homogenen Gemeinschaften („Völkern“) und die Unterordnung des Individuums unter die Gemeinschaft. Rechtspopulismus fungiert als Sammelbegriff für abgemilderte und modernisierte Varianten des Rechtsextremismus. Rechtspopulismus bedient sich vor allem kulturell-religiöser und wirtschaftlicher Begründungsmuster. Er fordert im Unterschied zum Rechtsextremismus keine Abschaffung der parlamentarischen Demokratie, sondern beabsichtigt deren autoritäre Umformung und Aushöhlung. Zudem wird Rechtspopulismus als bestimmte Form der politischen Kommunikation und Mobilisierung verstanden, die eine scharfe Abgrenzung von (vermeintlichen) politischen Eliten reklamiert, sich aber dabei zumindest formal von rechtsextremen Positionen und Akteur_innen abgrenzt.⁴

Als **links/antiimperialistisch** werden antisemitische Vorfälle klassifiziert, wenn das Vertreten linker Werte oder die Selbstverortung der Personen oder Gruppen in einer linken Tradition mit einer binären Weltsicht und einer – häufig befreiungsnationalistischen – Imperialismuskritik einhergeht.

4 Für eine ausführlichere, an den Politologen Hans-Gerd Jaschke angelehnte Definition des Begriffs Rechtsextremismus siehe Bundesverband Mobile Beratung e. V. (BMB): Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus. Inhaltliche und methodische Grundsätze. Dresden 2017, einsehbar unter https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2018/03/bmb_grundsaeetze_DinA5_web.pdf, S. 16, abgerufen am 04.11.2021.

Unter **christlich/christlicher Fundamentalismus** werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit einer positiven Bezugnahme auf christliche Glaubensinhalte oder Symboliken verbunden sind (darunter auch fundamentalistische Spielarten des Christentums) und bei denen kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert.

Als **islamisch/islamistisch** werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit einer positiven Bezugnahme auf islamische Glaubensinhalte oder Symboliken verbunden sind und bei denen kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert. Das bezieht sich auf unterschiedliche Islamverständnisse, darunter auch islamistische.

Einem **verschwörungsideologischen Milieu** werden Gruppen oder Personen zugeordnet, bei denen die Verbreitung antisemitischer Verschwörungsmythen im Vordergrund steht und bei denen kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert.

Auch für den **antiisraelischen Aktivismus** gilt, dass sich die Akteure mitunter nicht eindeutig politisch zuordnen lassen: Hier dominiert die israelfeindliche Motivation der verantwortlichen Personen oder Gruppen eindeutig gegenüber einer politischen Positionierung, z. B. im linken, rechten oder islamistischen Milieu. Zum antiisraelischen Aktivismus zählen beispielsweise säkulare palästinensisch-nationalistische Gruppen sowie Aktivist_innen, die antisemitische Boykottkampagnen gegen den jüdischen Staat Israel unterstützen.

Der **politischen Mitte** werden antisemitische Vorfälle zugeordnet, die keinem der zuvor genannten politisch-weltanschaulichen Spektren zugeordnet werden können und bei denen die Verantwortlichen zugleich für sich in Anspruch nehmen, demokratische Positionen zu vertreten.

Datengrundlage

Ein großer Teil der hier analysierten Vorfälle wurde RIAS Berlin direkt über die mehrsprachige Meldeseite **www.report-antisemitism.de** mitgeteilt. Antisemitische Anfeindungen gegen zivilgesellschaftliche, jüdische oder als jüdisch wahrgenommene Organisationen mit Sitz in Berlin werden systematisch abgefragt oder RIAS Berlin gemeldet.

Für mehrere Vorfälle war projekteigenes Monitoring von Medien und Veranstaltungen die Quelle. Darüber hinaus fließen in diesen Bericht auch Erhebungen und Beobachtungen von zivilgesellschaftlichen Projekten und Vereinen ein, wie etwa vom Berliner Register zur Erfassung rechtsextremer und diskriminierender Vorfälle, vom Jüdischen Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. (JFDA) oder vom Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum e.V. (apabiz). In den Bericht gehen zudem auch Informationen von Organisationen ein, die in den Bereichen Beratung bei und Prävention von Antisemitismus tätig sind, wie etwa die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR), die Beratungs- und Interventionsstelle für Betroffene von Antisemitismus Ofek e.V., die Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt ReachOut, das Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin (ADNB), das Anne Frank Zentrum (AFZ), die Amadeu Antonio Stiftung und andere. Weitere Quellen sind parlamentarische Drucksachen auf Landes- und Bezirksebene.

In Vergangenheit wurde zudem die anonymisierte Statistik antisemitischer Straftaten des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes (KPMD) – Politisch Motivierte Kriminalität (PMK) der Berliner Polizei, bereinigt von Dopplungen und nicht zielgerichteten antisemitischen Propagandavorfällen, berücksichtigt. Im ersten Halbjahr 2021 konnte RIAS Berlin jedoch keinen Abgleich mit den Daten des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes zur politisch motivierten Kriminalität vornehmen und die darin vermerkten, der Zivilgesellschaft aber unbekanntem Straftaten in dieser Auswertung nicht berücksichtigen.

RIAS Berlin geht weiterhin von einem hohen Dunkelfeld nicht gemeldeter und nicht dokumentierter antisemitischer Vorfälle aus.

ANTISEMITISCHE VORFÄLLE IN BERLIN JANUAR BIS JUNI 2021

Im ersten Halbjahr 2021 wurden der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin) 522 antisemitische Vorfälle bekannt. Nur einmal, im 1. Halbjahr 2018, hat das Projekt mehr antisemitische Vorfälle in der Bundeshauptstadt in einem Zeitraum von sechs Monaten erfasst. Unter den 522 antisemitischen Vorfällen befanden sich 12 Angriffe, 22 gezielte Sachbeschädigungen, 15 Bedrohungen, 447 Fälle verletzenden Verhaltens sowie 26 antisemitische Massenzuschriften. Die Anzahl der Fälle verletzenden Verhaltens umfasst auch 35 Versammlungen, für die antisemitische Inhalte dokumentiert wurden.

In 98 der 522 antisemitischen Vorfälle waren Personen direkt betroffen, insgesamt 128. Davon waren 54 **Betroffene** männlich und 40 weiblich. Bei 34 Personen war das Geschlecht unbekannt.⁵ Bei 87 Personen handelte es sich entweder um Jüdinnen_Juden und/oder Israelis (81) oder um Personen, die als solche wahrgenommen wurden (6); mehr als zwei Drittel aller betroffenen Personen waren also dieser Gruppe zuzuordnen. Mindestens 11 Menschen wurden antisemitisch angefeindet, nachdem sie in einer bestimmten Situation als politische Gegner_innen identifiziert worden waren. In 292 weiteren Fällen waren jeweils Institutionen betroffen. In 252 dieser Fälle (86,3 %) handelte es sich um jüdische oder israelische Institutionen. In jeweils 16 Fällen waren zivilgesellschaftliche Institutionen und Gedenkinitiativen betroffen. In 132 Fällen wurden keine direkt Betroffenen vermerkt; hier handelte es sich etwa um Versammlungen, aber auch Schmierereien und sonstige antisemitische Propaganda im öffentlichen Raum.

Bereits im zweiten Jahr in Folge bot die öffentliche Auseinandersetzung mit der **COVID-19-Pandemie** und den staatlichen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung eine Gelegenheitsstruktur für antisemitische Vorfälle. RIAS Berlin dokumentierte 78 antisemitische Vorfälle mit direktem Bezug zur COVID-19-Pandemie und zu Maßnahmen zu ihrer Eindämmung, die damit 14,9 % aller antisemitischen Vorfälle im 1. Halbjahr ausmachten. Die 78 Vorfälle umfassten fünf Bedrohungen und 73 Fälle verletzenden Verhaltens, darunter auch 20 Versammlungen gegen staatliche Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie, auf denen antisemitische Inhalte dokumentiert wurden – das waren mehr als die Hälfte aller dokumentierten Versammlungen mit antisemitischen Inhalten zwischen Januar und Juni 2021 (57,1 %). Von antisemitischen Vorfällen mit einem Bezug zur COVID-19-Pandemie und zu Maßnahmen zu ihrer Eindämmung waren 13 Personen direkt betroffen, hiervon waren acht Jüdinnen_Juden und/oder Israelis. In 27 Fällen richteten sich die Anfeindungen gegen Institutionen, fast immer (24 Fälle) gegen jüdische und/oder israelische.

5 RIAS Berlin wurden keine Vorfälle mit betroffenen Einzelpersonen anderer geschlechtlicher Identitäten bekannt.

Im Zuge der Auseinandersetzungen über die Besitzverhältnisse mehrerer Wohnhäuser im Jerusalemer Viertel Sheikh Dscharrah setzte im Mai 2021 der Beschuss Israels durch die Hamas und andere palästinensische Terrororganisationen aus dem Gazastreifen ein, auf den israelische Streitkräfte reagierten. In diesem Zusammenhang kam es auf dem gesamten Bundesgebiet und insbesondere in Berlin zu einer Vielzahl antisemitischer Äußerungen und Handlungen. Ein direkter Bezug zur **Eskalation im israelisch-palästinensischen Konflikt** lag in 164 der 522 dokumentierten antisemitischen Vorfällen vor. Diese Fälle bildeten 31,4 % aller antisemitischen Vorfälle in diesem Halbjahr – für den Zeitraum zwischen dem 9. Mai bis 8. Juni handelte es sich sogar um 71,4 %. Die Entwicklung in diesem genannten Zeitraum wird ab S. 36 ausführlich beschrieben.

Die insgesamt 164 Fälle mit Bezug zur Eskalation im israelisch-palästinensischen Konflikt im 1. Halbjahr enthalten vier Angriffe, sechs gezielte Sachbeschädigungen, sieben Bedrohungen, 141 Fälle verletzenden Verhaltens und 6 antisemitische Massenzuschriften. Die Fälle des verletzenden Verhaltens umfassen 12 Versammlungen, für die antisemitische Inhalte dokumentiert wurden. Von 35 der Fälle, die einen Bezug zur Eskalation im israelisch-palästinensischen Konflikt aufwiesen, waren mindestens 48 Personen direkt betroffen, überwiegend jüdische und/oder israelische Menschen (38), aber auch Personen, die als solche adressiert wurden (3) und politische Gegner_innen in einer konkreten Situation (7). In 100 Fällen waren Institutionen betroffen, in 88 Fällen davon jüdische und/oder israelische.

Diese Entwicklung führte dazu, dass RIAS Berlin im Mai insgesamt 211 antisemitische Vorfälle dokumentierte. Damit ist der Mai 2021 der **Monat**, in dem RIAS Berlin seit Projektbeginn 2015 die meisten antisemitischen Vorfälle bekannt wurden – und dies, obwohl 2021 kein Abgleich mit den Daten der Polizeistatistik stattfand, durch den womöglich noch weitere Fälle bekannt geworden wären. Die wenigsten Vorfälle dokumentierte RIAS Berlin für Februar (46) und März (50). Die meisten Vorfälle mit Bezug zur COVID-19-Pandemie wurden im Januar und April bekannt (jeweils 24).

Mit 294 Vorfällen ereignete sich mehr als die Hälfte der Vorfälle (56,3 %) online – diese Vorfälle wurden wie schon in den vergangenen Jahren keinem der **Berliner Bezirke** zugeordnet. Von den 228 restlichen Vorfällen wiederum wurde mit 67 knapp ein Drittel der Fälle für Mitte bekannt. Allein hier wurden 17 Versammlungen mit antisemitischen Inhalten dokumentiert, 15 davon richteten sich gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie. Insgesamt wurden im Bezirk Mitte 22 Vorfälle mit Bezug zur Pandemie und 15 mit Bezug zur Eskalation im israelisch-palästinensischen Konflikt dokumentiert. Die meisten Vorfälle mit diesem Bezug wurden jedoch in Neukölln bekannt (17) – dem Bezirk mit den zweitmeisten antisemitischen Vorfällen insgesamt (40).

Innerhalb der Bezirke lassen sich einige thematische Schwerpunkte erkennen. So war der Bezirk, in dem die Auseinandersetzung mit der COVID-19-Pandemie neben dem Bezirk Mitte die größte Rolle spielte, Tempelhof-Schöneberg (8 von insgesamt

20 antisemitischen Vorfällen); hier gab es immer wieder Schmierereien mit antisemitischen Verschwörungsmaythen. Die Bezirke, in denen dagegen die Eskalation im israelisch-palästinensischen Konflikt die größten Auswirkungen hatte, waren wie oben beschrieben Neukölln und Friedrichshain-Kreuzberg (7 von insgesamt 20 Vorfällen). Vier der zehn Vorfälle, die aus Treptow-Köpenick gemeldet wurden, wiesen ebenfalls einen Bezug hierzu auf – es handelte sich um Versuche Rechtsextremer, durch eigene Propaganda die vielfach antisemitisch geführte Diskussion um die Eskalation im Nahen Osten für die eigene Agenda zu instrumentalisieren.

Insgesamt lässt sich bei den antisemitischen Vorfällen eine große Streuung im Stadtraum feststellen – für acht der zwölf Bezirke wurden mindestens 10 Vorfälle dokumentiert, in sieben davon 18 oder mehr. In jedem Bezirk gab es mindestens zwei Vorfälle.

Insgesamt 59 der bekannt gewordenen Vorfälle ereigneten sich **von Angesicht zu Angesicht**: 12 Angriffe, 4 Bedrohungen und 43 Fälle verletzenden Verhaltens. Beinahe die Hälfte aller dieser Vorfälle ereignete sich im Mai (28). Einen direkten Bezug zur Eskalation des israelisch-palästinensischen Konflikts wies mit 20 Vorfällen gut ein Drittel dieser Vorfälle auf (33,8 %); deutlich seltener spielte die Auseinandersetzung mit der COVID-19-Pandemie eine Rolle (7 Vorfälle). Fast die Hälfte der Vorfälle von Angesicht zu Angesicht ereigneten sich auf der Straße (28), einige im öffentlichen Nah- und Fernverkehr (8) oder im Wohnumfeld (7). Die meisten der Vorfälle von Angesicht zu Angesicht wurden für Neukölln (15) und Mitte (14) dokumentiert, deutlich weniger für Pankow (7), Charlottenburg-Wilmersdorf sowie Treptow-Köpenick (je 6).

Bei den spezifischen **Tatorten** fanden mit 129 über die Hälfte der Vorfälle auf offener Straße statt. Es fällt auf, dass die Zahl der bekannt gewordenen Vorfälle, die sich auf offener Straße ereigneten, deutlich die Vorfalzzahlen in den Jahren von 2017 bis 2020 übersteigt, als 86 (2020), 95 (2019) und 107 (2018) Vorfälle auf der Straße bekannt wurden. Im persönlichen Wohnumfeld der Betroffenen wurden 22 Vorfälle dokumentiert – fast jeder zehnte Vorfall, der sich nicht online ereignete, betraf also den persönlichen Rückzugsraum der Betroffenen, darunter zwei Angriffe und eine Bedrohung. Bereits im vergangenen Jahr hatte das Projekt auf die besondere Bedeutung von Vorfällen im privaten Wohnumfeld von Betroffenen hingewiesen, insbesondere während der COVID-19-Pandemie, als die eigene Wohnung zu einem besonders wichtigen Rückzugsort geworden war. Im ersten Halbjahr des vergangenen Jahres dokumentierte das Projekt 27 antisemitische Vorfälle, die sich im Wohnumfeld der Betroffenen ereigneten.

Von den 294 dokumentierten **Online**-Vorfällen ereigneten sich die meisten Anfeindungen in den Sozialen Netzwerken (180), hier vor allem auf Twitter (82) und Facebook (66). Bei 111 Online-Vorfällen handelte es sich um E-Mails, überwiegend an jüdische und/oder israelische Institutionen und Einzelpersonen. Mehr als ein Drittel der Online-Vorfälle wies einen direkten Bezug zur Eskalation im israelisch-palästinensischen Konflikt auf (105).

Die häufigste **inhaltliche Erscheinungsform** im ersten Halbjahr 2021 war der israelbezogene Antisemitismus, dem mit 251 fast die Hälfte der 522 Vorfälle (48,1 %) zugeordnet werden konnte, hierunter auch 148 Vorfälle, die einen direkten Bezug zur Eskalation im israelisch-palästinensischen Konflikt aufwiesen. Israelbezogener Antisemitismus spielte 2019 und 2020 im Vergleich zu anderen Formen des Antisemitismus eine geringere Rolle. Das hohe Aufkommen dieser Erscheinungsform im Mai und Juni – mit zusammengekommen 189 Fällen ereigneten sich über drei Viertel dieser Vorfälle in diesen beiden Monaten – belegt das hohe Potenzial für diese Form von Antisemitismus, das bei entsprechenden Gelegenheiten aktiviert werden kann.

In fast genauso vielen Vorfällen, nämlich 224 (42,9 %), waren Erscheinungsformen des Post-Schoa-Antisemitismus zu beobachten. Schon vergangenes Jahr war diese Erscheinungsform im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um die Maßnahmen gegen die COVID-19-Pandemie zu beobachten: Auf Versammlungen, aber auch im Alltag, nutzten Gegner_innen dieser Maßnahmen Schoa-bagatellisierende Vergleiche zur Selbstviktimisierung. In über drei Viertel aller antisemitischen Vorfälle mit Bezug zur COVID-19-Pandemie (78,2 %) spielten Ablehnung der Erinnerung an die Schoa, Relativierung der NS-Verbrechen oder (seltener) positive Bezugnahme auf diese eine Rolle.

Dem antisemitischen Othering konnten 196 Vorfälle zugeordnet werden (37,5 %). Antisemitische Verschwörungsmymen und andere Elemente des modernen Antisemitismus waren in 116 Fällen (22,2 %) zu beobachten. (Da ein antisemitischer Vorfall Merkmale mehrerer Erscheinungsformen aufweisen kann, übersteigt die Anzahl der Zuordnungen die der Gesamtfälle.)

RIAS Berlin konnte über der Hälfte der bekannt gewordenen Fälle einem **konkreten politisch-weltanschaulichen Hintergrund** zuordnen; in 252 Fällen (48,3 %) lagen keine ausreichenden Informationen vor, um eine solche Einordnung vornehmen zu können, oder es kamen mehrere politisch-weltanschauliche Hintergründe infrage. Mit 105 Vorfällen (20,1 %) war Rechtsextremismus derjenige politische Hintergrund, dem die meisten Fälle zugeordnet werden konnten. Die 105 Vorfälle umfassten auch 17 rechtspopulistische antisemitische Vorfälle sowie 14 Fälle aus dem nicht-deutschen Rechtsextremismus. Hierunter fasst RIAS Berlin Vorfälle, die einem rechtsextremen Hintergrund zugeordnet werden können, allerdings ohne eine positive Bezugnahme zu einem als deutsch verstandenem Kollektiv aufzuweisen. Viele antisemitische Vorfälle konnten zudem dem Milieu des antiisraelischen Aktivismus (66 Fälle, 12,6 %) und dem verschwörungsideologischen Milieu (53 Fälle, 10,2 %) zugeordnet werden. Auffällig, aber wenig überraschend: Beinahe vier Fünftel aller verschwörungsideologischen Vorfälle wiesen einen Bezug zur COVID-19-Pandemie auf, und beinahe zwei Drittel der Vorfälle aus dem Milieu des antiisraelischen Aktivismus standen im Zusammenhang mit der Eskalation im israelisch-palästinensischen Konflikt ab Mai. Jedoch dokumentierte RIAS Berlin in diesem letzten Zusammenhang auch 72 Vorfälle, die keinem konkreten Hintergrund zugeordnet werden konnten – die Vermutung liegt nahe, dass die Eskalation im

israelisch-palästinensischen Konflikt von ganz unterschiedlichen Milieus zum Anlass für antisemitische Äußerungen genommen wurde.

Von den 59 Fällen, die sich von Angesicht zu Angesicht ereigneten, waren mit 38 Vorfällen fast zwei Drittel keinem konkreten politisch-weltanschaulichen Hintergrund zuordenbar; die Milieus, denen die meisten Fälle zugeordnet werden konnten, waren Rechtsextremismus (7) und antiisraelischer Aktivismus (6).

Die Häufung antisemitischer Vorfälle im Mai und Juni gibt Anlass zu Sorge, insbesondere weil die Vorfälle nicht ohne die entsprechenden Einstellungen begangen würden. Die Vorfälle im Mai und Juni mit Bezug zum palästinensisch-israelischen Konflikt verweisen mithin auch auf das antisemitische Potential, das in der Stadt existiert. Doch auch wenn die COVID-19-Pandemie und die Eskalation im israelisch-palästinensischen Konflikt Anlässe boten, in denen Menschen sich ermutigt fühlten, ihre antisemitischen Haltungen offen zu artikulieren, bleibt festzuhalten: Über die Hälfte der antisemitischen Vorfälle im ersten Halbjahr 2021 in Berlin wiesen keinen unmittelbar erkennbaren Zusammenhang zu den beiden Ereignissen auf. Auch das zeigt, wie verbreitet antisemitische Haltungen in allen politischen Spektren vorhanden sind und wie sehr Antisemitismus als gleichsam Grundrauschen im Hintergrund den Alltag der Berliner Jüdinnen_Juden begleitet.

Datengrundlage

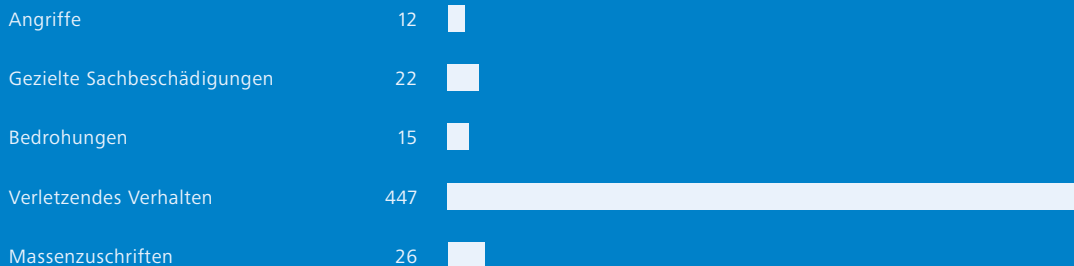
Die von RIAS Berlin entwickelten Arbeitsweisen und Meldestrukturen sind spätestens seit dem Jahr 2017 relativ unverändert geblieben und gut etabliert (s. S. 12). Vergleiche zwischen den Jahren können daher ab 2017 recht solide vorgenommen werden. Im ersten Halbjahr 2021 konnte das Projekt erstmals seit 2016 keinen Abgleich mit den Daten des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes zur politisch motivierten Kriminalität vornehmen; die darin vermerkten antisemitischen Straftaten konnten somit in dieser Auswertung nicht berücksichtigt werden. Die Straftaten, die nur vom Kriminalpolizeilichen Meldedienst und nicht von zivilgesellschaftlicher Arbeit erfasst wurden, machten in den letzten drei Jahren 20,6 % (2018), 23,0 % (2019) und 23,7 % (2020) der dokumentierten antisemitischen Vorfälle in der Hauptstadt aus.

DIE STATISTIK AUF EINEN BLICK

Antisemitische Vorfälle nach Berliner Bezirken, Januar bis Juni 2021



nach Kategorien



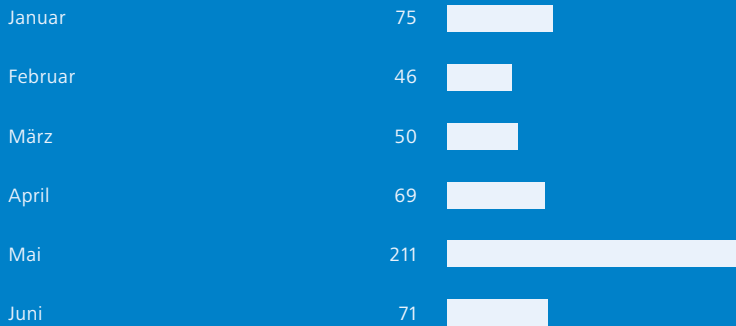
Betroffene Individuen



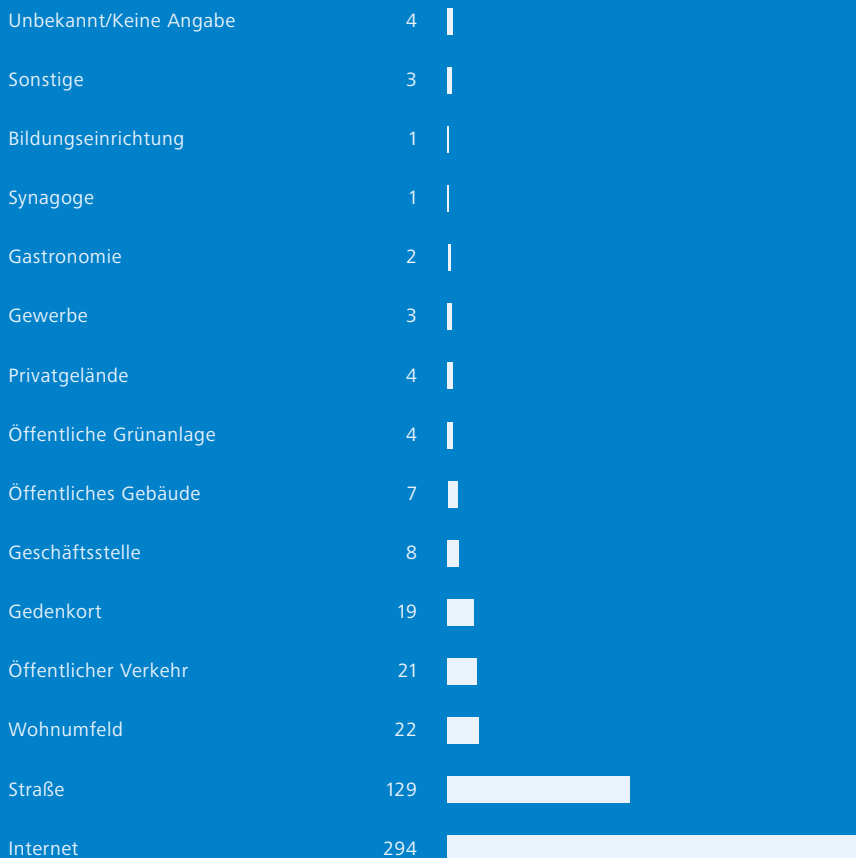
Institutionen



nach Monaten



nach Tatorten



Erscheinungsformen

Mehrfache Zuordnungen
sind möglich.

Israelbezogener Antisemitismus



Post-Schoa-Antisemitismus



Antisemitisches Othering



Moderner Antisemitismus



Antijudaistischer Antisemitismus



Politisch-weltanschaulicher Hintergrund

Jeder Fall wird nur einer Kategorie zugeordnet.

Rechtsextrem/Rechtspopulistisch

105 Fälle / 20,1 %




Antisraelischer Aktivismus

66 Fälle / 12,6 %



Verschwörungsideologisch

53 Fälle / 10,2 %



Politische Mitte

24 Fälle / 4,6 %



Islamisch/Islamistisch

13 Fälle / 2,5 %



Links/Antiimperialistisch

6 Fälle / 1,1 %



Christlich/Christlicher Fundamentalismus

3 Fälle / 0,6 %



Unbekannt/Keine Angabe

252 Fälle / 48,3 %



BEISPIELE

Angriffe

Als Angriff wird jeder körperliche Angriff auf eine oder mehrere Personen gewertet, der nicht lebensbedrohlich ist und keine schweren körperlichen Schädigungen nach sich zieht. Darunter fallen auch versuchte Angriffe, also Fälle, in denen es den Betroffenen gelingt, sich dem Angriff durch Verteidigung oder Flucht zu entziehen. Als Angriff wird auch das Werfen von Gegenständen (etwa Steinen, Flaschen etc.) gewertet, auch wenn diese ihr Ziel verfehlen.⁶

Friedrichshain-Kreuzberg, 12. Februar:

Ein Mann wurde in Kreuzberg von einem Unbekannten, der sich in ein Gespräch einmischte, mit einer Flasche ins Gesicht geschlagen und antisemitisch beleidigt.

Lichtenberg, 1. Mai:

Ein Mann bedrohte eine Frau und einen Mann, die er für jüdisch hielt, an ihrer Wohnungstür mit einem Messer und versuchte, sich Zutritt zur Wohnung zu verschaffen. Der Täter klingelte zunächst an der Haus- und dann an der Wohnungstür der Betroffenen in Karlshorst. Als sie ihm öffneten, fragte er, ob sie Jüdinnen/Juden seien, was die Betroffenen verneinten. Der Mann versuchte daraufhin, in die Wohnung zu gelangen, wurde aber hinausgedrängt. Nachdem die Betroffenen die Tür geschlossen hatten, klopfte und klingelte der Täter mehrmals. Die Betroffenen riefen die Polizei, die den Mann festnahm.

Lichtenberg, 12. Mai:

Zwei Männer, von denen einer eine Tätowierung mit Reichsadler und Hakenkreuz auf dem Bauch präsentierte, pöbelten in der U-Bahn-Linie U5 und riefen „Heil Hitler“. Sie bedrohten eine Gruppe von drei Personen mit antisemitischen Sprüchen. Einer der beiden Männer schlug einem Mann aus der betroffenen Gruppe ins Gesicht, woraufhin ein Zeuge dazwischen ging und den Angriff auf diese Weise beendete.

Charlottenburg-Wilmersdorf, 24. Mai:

Am Abend randalierte in der U-Bahn-Linie U3 ein betrunkenen Mann, trat mehrfach, ohne zu treffen, nach verschiedenen Personen und schrie antisemitische Parolen. Die anwesenden Personen informierten die Polizei, die den Täter am U-Bahnhof Rüdeshheimer Platz festnahm.

Pankow, 16. Juni:

In der Nacht schüttete ein Mann einem anderen ein Getränk über die Kleidung und beschimpfte ihn antisemitisch. Der Betroffene und seine Begleitung hinderten den Mann daran, mit dem Fahrrad wegzufahren, bis die Polizei eintraf.

⁶ In Abgrenzung hierzu werden physische Angriffe oder Anschläge, die den Verlust von Menschenleben zur Folge haben können oder schwere Körperverletzungen darstellen, als „extreme Gewalt“ erfasst. Aus dieser Kategorie wurden im 1. Halbjahr 2021 keine Vorfälle in Berlin bekannt.

Gezielte Sachbeschädigungen

Als gezielte Sachbeschädigungen werden antisemitische Graffiti oder Symbole, das Anbringen antisemitischer Aufkleber oder Plakate sowie sonstige Beschädigungen jüdischen oder als jüdisch wahrgenommenen Eigentums gewertet. Auch Beschädigungen von Schoa-Gedenkorten gelten als antisemitische Sachbeschädigungen.

Charlottenburg-Wilmersdorf,

14. Januar: Ein Aufkleber mit der Aufschrift „FREE GAZA“ wurde auf den Briefkasten einer jüdischen Familie geklebt. Auf dem Briefkasten war die Aufschrift einer jüdischen Kultureinrichtung angegeben, die von der Familie betrieben wird. Einen Monat später wurde der Briefkasten noch einmal auf dieselbe Weise beklebt, diesmal war die Aufschrift „FREE PALESTINE“.

Charlottenburg-Wilmersdorf, 15. April:

Eine kleine israelische Flagge mit Trauerflor wurde entwendet, die am Mahnmal „Goldener Riss“ für Dalia Elyakim aufgestellt worden war. Das Fähnchen wurde erst am Tag zuvor anlässlich des israelischen Gedenktages für gefallene Soldat_innen und Opfer von Terrorismus aufgestellt. Die israelische Touristin Dalia Elyakim wurde beim islamistischen Terroranschlag am Breitscheidplatz 2016 ermordet. Blumen, Fahnen und Fotos, die in Erinnerung an sie am Denkmal abgestellt werden, werden immer wieder zerstört.

Mitte, 22. April: Am Denkmal für die ermordeten Juden Europas wurden 22 Aufkleber unterschiedlicher verschwörungsideologischer Gruppierungen entdeckt und entfernt. Auf ihnen wurden die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie mit der Schoa und dem Nationalsozialismus gleichgesetzt.

Tempelhof-Schöneberg, 30. April:

Drei Stolpersteine für Mitglieder der Familie Davidsohn in der Crellestraße wurden zerkratzt und mit Säure besprüht vorgefunden. Die Steine waren erst am Tag zuvor verlegt worden.

Pankow, 16. Mai: Eine jüdische Familie stellte fest, dass die Mesusa an ihrer Wohnungstür vollständig und spurlos entfernt wurde.

Mitte, 20. Mai: Am 20. Mai stellte ein jüdischer Freiberufler fest, dass das Klingelschild zu seinen Geschäftsräumen mit „HH“ beschmiert worden war; HH ist das Kürzel für „Heil Hitler“.

Friedrichshain-Kreuzberg, 25. Juni:

Der Stolperstein für Carl Jachmann in der Großbeerenstraße wurde stark beschädigt vorgefunden. Er wies große Kratzspuren auf, zudem wurde das Messing teilweise abgezogen.



▲ Kreuzberg, 25. Juni: Zustand des Stolpersteins für Carl Jachmann nach dem Versuch, das Messing von der Platte abzuziehen.

Charlottenburg, 18. Februar: Eine hebräischsprachige kulturelle Einrichtung wird für Handlungen Israels verantwortlich gemacht.



Bedrohungen

Als Bedrohung gilt jede eindeutige und konkret adressierte schriftliche oder verbale Drohung. Die Eindeutigkeit ergibt sich aus der direkten oder indirekten Androhung von Gewalt gegen Personen, Personengruppen oder Sachen. Die konkrete Adressierung ist gegeben, wenn die Bedrohung sich gegen eine bestimmte Person, eine bestimmte Personengruppe oder eine bestimmte Institution richtet.

Tempelhof-Schöneberg, 17. Mai: Drei Jugendliche pöbelten einen Mann antisemitisch und homophob an, der mit Kopfhörern auf dem Bürgersteig auf sie zulief. Als er bemerkte, dass er angesprochen wurde, nahm er sie ab, fragte, was los sei, und bekam zur Antwort: „Wallah, du dreckige Judensau“ und „Alter, verpiss dich in dein dreckiges Auschwitz-Loch, du Ratte!“, außerdem „Verrecke, du Kindermörder“ und „Digga, ich schwöre, ich bring dich um, du Schwuchtel. Free Palestine!“ Nachdem ihm kurz der Weg versperrt wurde, konnte er weitergehen. Ihm wurde noch etwas nachgerufen, das er aber nicht mehr verstand.

Mitte, 5. Juni: Ein Mann, der eine Davidstern-Kette trug, befand sich in Berlin Mitte auf dem Weg vom Einkaufen nach Hause. Unvermittelt wurde er aus einer Gruppe heraus von einem Mann angesprochen, warum er eine „Illuminatenkette“ trage und ob er Jude sei. Letzteres bejahte er und versuchte weiterzugehen. Daraufhin wurde der Mann aggressiv: „Warum unterstützt du Kindermörder?“, fragte er. Aus der Gruppe heraus riefen mehrere Personen „Free Palestine“, dabei lachten sie. Der Betroffene ging weiter, während der Mann ihm hinterherrief „Du bist der Nächste“.

Mitte, 16. Juni: Ein betrunkenere Mann verbreitete in der Ringbahn auf Höhe der Station Wedding antisemitische Mythen, u. a. „Irgendwann regieren die Juden die Welt“ und „Die Juden haben das Sagen“. Als ein Fahrgast sagte, er solle mit dem Quatsch aufhören, beleidigte ihn der Mann sexistisch und bedrohte ihn. U. a. verwies er darauf, dass dieser Wagen keine Überwachungskamera habe und er ihm einfach die Nase brechen könne.

Verletzendes Verhalten

Die Kategorie „verletzendes Verhalten“ umfasst sämtliche Vorfälle, bei denen jüdische Institutionen oder Personen gezielt böswillig oder diskriminierend adressiert werden, unabhängig davon, ob der Text oder das Gesprochene antisemitische Stereotype enthält oder nicht. Des Weiteren umfasst diese Kategorie schriftliche oder verbale antisemitische Aussagen, die sich gegen nicht-jüdische Institutionen und Personen richten, sowie antisemitische Graffiti oder Aufkleber an nicht-jüdischem Eigentum.⁷

Neukölln, 29. Januar: Ein jüdisch-israelischer Patient wurde bei einer Physiotherapie von dem behandelnden Therapeuten auf seinen hebräisch klingenden Namen hin nach seiner Herkunft gefragt. Er bestätigte, dass er aus Israel sei, woraufhin der Physiotherapeut anfang, über die NS-Zeit zu sprechen. Er nahm seinen Großvater, der bei der Wehrmacht diente, in Schutz und gab an, dass Hitler nicht nur Schlechtes getan habe. Außerdem stellte er Fragen zu orthodoxen Jüdinnen/Juden und behauptete, orthodoxe Männer schlügen ihre Frauen tot.

Pankow, 16. Februar: An der Bösebrücke wurde ein Bild antisemitisch markiert. Das Bild, das ein auf Knien sitzendes Mädchen zeigt, wurde mit weißer Farbe durch einen Davidstern markiert und mit Schriftzügen wie „Sie hassn Deutsche“ (sic!), „Gender = Gift“ und „Ihr werdet verblödet“ beschmiert. Zudem wurde auf den Unterarm eine Spritze gezeichnet, wohl ein Verweis auf die SARS CoV-2-Impfung.

Tempelhof-Schöneberg, 11. März:

An einem Tor zu einem Grundstück wurde ein laminiertes Plakat vorgefunden mit der die Schoa bagatellisierenden Aufschrift „Impfen macht frei“ und der Abbildung einer Spritze.

Friedrichshain-Kreuzberg, 13. April:

Die Fassade eines Supermarktes in der Wrangelstraße wurde mit einem Fadenkreuz und einem Davidstern beschmiert, zudem wurde „Public Enemy No. 1“ dazu geschrieben.

⁷ Antisemitische Texte, die sich an mehr als zwei Adressat_innen richten oder auf ein möglichst breites Publikum zielen, werden hingegen in der Kategorie „Massenzuschriften“ behandelt. Versammlungen (Demonstrationen, Kundgebungen) werden als verletzendes Verhalten gewertet, wenn der Aufruf zur Versammlung und bei der Versammlung gerufene Parolen, Transparente, Plakate o.Ä. antisemitische Inhalte aufweisen.



▲
Lichtenrade, 11. März: Antisemitisches Plakat gegen die Impfkampagne an einem Tor zu einem Grundstück.



▲ Kreuzberg, 14. April: Schmiererei an einem Supermarkt: Jüdinnen_Juden als Hauptfeind.

Mitte, 21. April: Im Rahmen und im Nachgang einer größeren rechtsoffenen verschwörungsideologischen Versammlung gegen das neue Infektionsschutzgesetz kam es zu mehreren Schoa-bagatellisierenden Vorfällen. Mehrere Personen trugen „Judensterne“ und setzten auf diese Weise Maßnahmen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie mit der Schoa gleich. Nach der Auflösung der Versammlung gingen mehrere Teilnehmer_innen am Denkmal der ermordeten Juden Europas entlang. Aus dieser Gruppe rief eine Person „Denkmal der Schande!“ Zudem ließ sich ein bekannter Hallenser Rechtsextremist am Mahnmal fotografieren und posierte mit einer Taschenbuchausgabe des Tagebuchs von Anne Frank. Er trug dazu einen Pullover mit einem großen „Judenstern“ und der Aufschrift „Ungeimpfte sind nicht erwünscht“.

Mitte, 4. Mai: In einem Supermarkt am Heinrich-Heine-Platz kam ein Mann der Bitte einer Mitarbeiterin nicht nach, einen Mund-Nasen-Schutz anzuziehen. Im Zuge der Verweigerung bagatellierte der Mann die Schoa. Einer Zeugin zufolge fiel der Mann zum wiederholten Male als Maskenverweigerer sowie durch antisemitische Äußerungen auf.

Online, 25. Mai: Der Mitarbeiter eines historischen Instituts erhielt per E-Mail ein 4-seitiges antijudaistisches Pamphlet. Das Dokument enthielt eine Zitatensammlung aus klassischen antijudaistischen Ressentiments, darunter der Vorwurf des Mordes an Jesus. Außerdem waren zwei Bilder von der Gedenkstätte Auschwitz und von Leichen eingefügt, wohl um zu suggerieren, die Schoa sei gerechte Strafe Gottes.

Treptow-Köpenick, 26. Mai: An einer Bushaltestelle am Treptower Park wurde auf eine Seitenscheibe „Juden töten“ geschmiert.

Friedrichshain-Kreuzberg, 30. Mai: Am Boxhagener Platz und am Annemirl-Bauer-Platz wurden antisemitische Plakate entdeckt, die den Staat Israel dämonisier-ten und erinnerungsabwehrende Debatten im Kontext des israelisch-palästinensi-schen Konflikts bedienten. Zu lesen war u. a. „Free Palestine from German guilt“ und „Time for Germans and German institutions to stop making Palestinians pay for German crimes against European Jews“.

Neukölln, 4. Juni: Ein Mann äußerte sich in einem Bus lautstark seinen Freunden gegenüber, dass „alle die Yahudi [Arabisch und Türkisch für „Juden“] unterstützen“. Er fügte hinzu, dass selbst die Türkei mit ihnen gemeinsame Sache mache, „weil alle mit den Yahudi Geschäfte machen“.

Friedrichshain, 30. Mai: Plakate mit dämonisierender antiisraelischer Rhetorik, die an Schlussstrich-Debatten anknüpft.



Massenzuschriften

Als antisemitische Massenzuschriften kategorisiert RIAS Berlin antisemitische Texte, die an (mindestens zwei) konkrete Personen adressiert sind oder die auf eine andere Art ein möglichst breites Publikum erreichen sollen. Auch Texte ohne explizit antisemitische Inhalte werden als Vorfälle aufgenommen, wenn sie gezielt an jüdische Adressat_innen verschickt werden und NS-verherrlichende oder -verharmlosende Aussagen enthalten.

Online, 21. Januar: An zahlreiche Adressat_innen wurde eine E-Mail mit antisemitischen Diffamierungen verschickt, die sich gegen einen jüdischen Unternehmer richteten. Zudem wurde in der E-Mail behauptet, Jüdinnen_Juden würden die deutsche Justiz lenken.

Lichtenberg, 13. März: In die Briefkästen der Anwohner_innen in Alt-Hohenschönhausen warf ein rechtsextremer Akteur Zeitungen unter dem Label „Freie heimatliche Bewegung“ ein. Die Zeitung enthielt antisemitische Verschwörungsmymen über eine angebliche Lenkung der neuen Klimabewegung durch George Soros.

Online, 25. März: Mehrere Adressat_innen, darunter auch jüdische Organisationen, erhielten eine E-Mail, in der Engagement gegen Antisemitismus mit antisemitischer NS-Politik gleichgesetzt wurde. Zudem wurde eine jüdische Organisation mit einer antijudaistischen Plastik, der „Judensau von Wittenberg“, verglichen.

Online, 17. Mai: Mehrere Adressat_innen erhielten eine E-Mail, in der Israel dämonisiert und delegitimiert wurde. Zudem wurde Kritik an Antisemitismus als „Zionismus“ diffamiert.

Monitoring: **„STOP DOING WHAT HITLER DID TO YOU“**

Die Eskalation im israelisch-palästinensischen Konflikt als Gelegenheitsstruktur für antisemitische Vorfälle in Berlin zwischen 9. Mai und 8. Juni 2021

Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin) dokumentierte im Kalendermonat Mai 2021 insgesamt 211 antisemitische Vorfälle – so viele wie in keinem Monat zuvor seit Beginn der systematischen Dokumentation antisemitischer Vorfälle in der Bundeshauptstadt seit 2015. Häufen sich in diesem Monat ohnehin politische Versammlungen, in deren Zusammenhang es zu antisemitischen Vorfällen kommen kann, kamen 2021 noch antisemitische Reaktionen auf die damals aktuellen Ereignisse in Israel und im Nahen Osten dazu.

Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin dokumentierte für den Zeitraum vom **9. Mai bis zum 8. Juni 152** antisemitische Vorfälle mit Bezug auf die Eskalation im israelisch-palästinensischen Konflikt. Diese Vorfälle umfassen **vier** Angriffe, **sechs** gezielte Sachbeschädigungen, **sieben** Bedrohungen, **fünf** Massenzuschriften und **130** Fälle verletzenden Verhaltens, bei **12** dieser Fälle verletzenden Verhaltens handelte es sich um Versammlungen.

Im Zuge der Auseinandersetzungen über die Besitzverhältnisse mehrerer Wohnhäuser im Jerusalemer Viertel Sheich Dscharrach, die begleitet wurden von Protesten in verschiedenen israelischen Städten, setzte im Mai 2021 der Beschuss Israels durch die Hamas und andere palästinensische Terrororganisationen aus dem Gazastreifen ein. Die Raketen-Angriffe sowie die israelischen Militärreaktionen darauf wurden von europäischen und deutschen Akteur_innen für verschiedene Formen der Mobilisierung aufgegriffen, woraufhin auch in Deutschland und in Berlin Kundgebungen und Demonstrationen stattfanden. Ohnehin werden militärische Auseinandersetzungen zwischen Israel und islamistischen Terrororganisationen häufig von antisemitischen, zum Teil gewalttätigen Reaktionen in Deutschland begleitet, und RIAS Berlin werden regelmäßig antisemitische Vorfälle bekannt, in denen Bezug auf diesen Konflikt genommen wird. Die Vorfälle belegen die Kontinuität und das Potenzial des israelbezogenen Antisemitismus in den verschiedenen von RIAS Berlin erfassten politisch-weltanschaulichen Spektren. Im Hinblick auf die Entwicklung antisemitischer Vorfälle beobachtet RIAS Berlin außerdem immer wieder antisemitische Dynamiken: temporäre Phasen, in denen wie im Mai und Juni dieses Jahres eine erhöhte Anzahl antisemitischer Vorfälle mit ähnlichem inhaltlichem Bezug durch das Projekt registriert und dokumentiert wird. Anlässe wie politische Ereignisse – zum Beispiel die Eskalation im palästinensisch-israelischen Konflikt –, bestimmte historische Jahrestage oder Debatten bilden unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen Gelegenheitsstrukturen für antisemitische Äußerungen und antisemitisches Handeln und können so das Aufkommen von antisemitischen Vorfällen begünstigen. Gezielte Mobilisierungen durch Social Media Kampagnen oder auch Versammlungen können solche Entwicklungen verstärken.

Die Eskalation im israelisch-palästinensischen Konflikt im Mai traf zeitlich in Berlin auf weitere Anlässe wie den jährlich stattfindenden antiisraelischen Aktionstag (den sogenannten Nakba-Tag am 15. Mai) und Online-Mobilisierungen, unter anderem im Zusammenhang mit dem ebenfalls jährlich stattfindenden Quds-Tag. Menschen, die als jüdisch wahrgenommen wurden oder erkennbar waren, wurden in den Sozialen Medien dazu aufgefordert, sich zu positionieren, darüber hinaus waren Jüdinnen_Juden aber auch Beleidigungen und Anfeindungen bis hin zu Morddrohungen ausgesetzt. Mehr als die Hälfte der in diesem Zeitraum dokumentierten Vorfälle ereignete sich online. Betroffene berichteten immer wieder davon, dass das Klima in den Sozialen Medien für sie zu einer enormen Belastung geworden sei. Auch außerhalb des Internets wurden RIAS Berlin mehrere Vorfälle gegen jüdische Personen und Einrichtungen bekannt.

Antiisraelische Proteste in Neukölln, 15. Mai:
Antisemitische Stereotype wie die Ritualmord-Legende wurden auf Israel übertragen.



Antisemitische Artikulationen auf israelfeindlichen Versammlungen in Berlin

Für die Zeit zwischen dem 9. Mai und 8. Juni 2021 erfasste RIAS Berlin 12 Versammlungen als antisemitische Vorfälle. RIAS Berlin dokumentiert Versammlungen als Fälle antisemitischen verletzenden Verhaltens, wenn es auf ihnen zu antisemitischen Äußerungen kommt oder wenn antisemitische Inhalte auf Schildern, Flyern, in Reden oder in Aufrufen verbreitet werden.

Die Versammlungen fanden in Neukölln, Kreuzberg, Mitte und in Charlottenburg statt und unterschieden sich hinsichtlich des politisch-weltanschaulichen Hintergrunds der Organisator_innen und Teilnehmer_innen sowie in Form, Umfang und in ihrer jeweiligen Dynamik. In dem genannten Zeitraum fanden kleinere Kundgebungen sowie große Demonstrationzüge mit teilweise bis zu 3.500 Teilnehmer_innen statt. Insbesondere an dem Wochenende des 14. und 15. Mai kam es zu Gewalt gegen Jüdinnen_Juden und Journalist_innen. Die große Bereitschaft zur Teilnahme und die hohe Emotionalität während der Versammlungen, die sich immer wieder auch in Aggressionen ausdrückte, wurden wohl auch durch die Mobilisierung für den sogenannten Nakba-Tag am Samstag, dem 15. Mai 2021, befördert.

Entsprechend dem unterschiedlichen Charakter der Versammlungen ließen sich auch Unterschiede in den Artikulationsweisen des Antisemitismus feststellen: Auf einzelnen kleineren Veranstaltungen wurde entweder durch Veranstalter_innen oder aufgrund von Versammlungsaufgaben stärker darauf geachtet, antisemitische Äußerungen zu vermeiden. Auf mehreren größeren Versammlungen hingegen wurde Antisemitismus offen bis aggressiv geäußert, teilweise in Verbindung mit Gewaltfantasien. Im Kontext von zwei Versammlungen kam es zu antisemitischen Angriffen auf Jüdinnen_Juden, die RIAS Berlin als separate Vorfälle dokumentiert hat (s. u.).

RIAS Berlin dokumentierte antisemitische Äußerungen auf den Versammlungen nach der Arbeitsdefinition „Antisemitismus“ der International Holocaust Remembrance Alliance, die in einer für den deutschen Kontext operationalisierten und spezifizierten Fassung die Grundlage für die Arbeit des Projekts bildet. Trotz der verschiedenen politisch-weltanschaulichen Spektren, die an den Versammlungen beteiligt waren, und unabhängig davon, ob die jeweilige Versammlung von einer eher friedlichen oder eher aggressiveren Stimmung geprägt war, fanden sich wiederkehrende antisemitische Motive.

Abstreiten des Existenzrechts Israels

Neukölln, 19. Mai: Auf einer Versammlung in Neukölln hielt ein Teilnehmer ein Schild hoch, auf dem „Israel does not exist, it’s all Palestine“ stand, ein anderer Teilnehmer trug ein Schild mit „Free Palestine – 27.027 qkm: We want it ALL“.

In solchen Aussagen wird dem Staat Israel das Recht auf seine Existenz abgesprochen und die Etablierung eines Palästina eingefordert, das nicht nur das Gebiet der Westbank und des Gazastreifens, sondern auch das Gebiet des Staates Israel umfasst.

Äußerungen dieser Art fanden sich auf allen im Mai und Juni dokumentierten Versammlungen in Berlin, sowohl in verschiedenen sprachlichen Formulierungen als auch in Symbolen oder in Bildern, in denen etwa das Territorium Israels, der Westbank und des Gazastreifens komplett in den Farben der palästinensischen Flagge dargestellt wurden. Die Situation von jüdischen Israelis wird nicht thematisiert, eine Zwei-Staaten-Lösung, in der auch ein israelischer Staat von und für Jüdinnen_Juden existiert, wird in solchen Aussagen implizit abgelehnt.

„Kindermörder Israel“ – Anwenden tradierter antisemitischer Symbole auf den Staat Israel

Neukölln, 14. Mai: Auf einer Versammlung in Neukölln riefen verschiedene Gruppen mehrfach „Kindermörder Israel“. Ein Redner wies über Lautsprecher darauf hin, dass diese Aussage durch die Versammlungsaufgaben untersagt worden sei. Gleichwohl wurde die Parole immer wieder an verschiedenen Stellen im Versammlungszug skandiert. Auch auf Schildern wurde das Motiv mehrfach alleinstehend oder in Verbindung mit anderen Verbrechen, die dem Staat Israel vorgeworfen wurden, verwendet.

Die Bezeichnung Israels als „Kindermörder“ oder auch „Baby-Mörder“ rekurriert auf die antisemitische Ritualmord-Legende, der zufolge Kinder umgebracht und ihr Blut im Brot für Pessach verarbeitet werden würde; die Bezeichnung ist ein Beispiel für die Übertragung tradierter antisemitischer Topoi auf den Staat Israel.



▲
Versammlung in Neukölln, 15. Mai:
Israel wird das Existenzrecht abgesprochen.

Vergleiche Israels mit dem Nationalsozialismus

Neukölln, 15. Mai: Ein Mann hielt auf einer Versammlung in Neukölln ein Schild hoch mit der Aufschrift „Stop doing what Hitler did to you“. Er setzte damit die Politik Israels mit der Vernichtungspolitik des Nationalsozialismus gleich.

Solche Gleichsetzungen dienen ebenfalls der Dämonisierung und Delegitimierung Israels. Sie bagatellisieren aber in erster Linie die Schoa und erklären Überlebende und Opfer der Schoa sowie deren Nachkommen zu Täter_innen – denn sie sind es, die auf diesem Schild eigentlich adressiert werden, nicht der israelische Staat. Für sie können Gleichsetzungen wie diese besonders verletzend sein. Auf den Versammlungen im Mai und Juni waren sie ein vielfach genutztes Motiv.

Auf derselben Versammlung in Neukölln waren auch die Aussagen „We don't pay for German guilt“ sowie „Free Palestine from German Guilt“ auf Schildern zu sehen. Darin wird ein verzerrtes Geschichtsbild artikuliert: Die Gründung des Staates Israel wird darauf reduziert, ein Ergebnis der deutschen Vernichtungspolitik zu sein, und es wird so getan, als hinge Israels gegenwärtige Existenz von der Unterstützung Deutschlands ab. Implizit wird darin außerdem unterstellt, die Schoa würde von Israel als jüdischem Staat zum eigenen Vorteil ausgenutzt.

Versammlung in Neukölln, 15. Mai: Gleichsetzung Israels mit dem Nationalsozialismus.



Mord- und Gewaltaufrufe gegen Israelis und Jüdinnen_Juden

Neukölln, 14. und 15. Mai: Antisemitische Gewaltfantasien und andere gewaltverherrlichende Parolen wurden insbesondere auf den Versammlungen am 14. und 15. Mai 2021 in Neukölln durch Teilnehmende angestimmt und schallten immer wieder in Sprechchören durch die Straßen. Nachdem die Polizei die nicht angemeldete Versammlung am 15. Mai 2021 aufgrund der Verstöße gegen Hygienevorschriften aufgelöst hatte, kam es zu massiver Gewalt gegen Polizist_innen. Schon vorher kam es zu drei Angriffen auf Jüdinnen_Juden und Journalist_innen (s. u.) auf der Versammlung am 14. Mai.

Mehrere Personen riefen „Khaybar, Khaybar, ya yahud, jaish Muhammad saya'ud“, übersetzt: „Juden, erinnert euch an Khaybar, die Armee Mohammeds kommt wieder“. In der islamischen Geschichtsschreibung ist ein Bericht über eine von Juden bewohnte Oase auf dem Gebiet des heutigen Saudi-Arabien, Khaybar, tradiert, die im Jahr 628 n.d.Z. von Mohammed und seiner Armee erobert wurde. Viele der Bewohner wurden massakriert, ihre Frauen und Kinder versklavt.

In Sprechchören wurde außerdem „Udrub Udrub Tel Aviv“ gerufen, um die Raketenangriffe auf Tel Aviv zu feiern. Der Ausspruch findet sich auch in einem islamistischen Popsong, den es in verschiedenen Versionen gibt. Eine Version schallte am 15. Mai laut aus einem Café nahe dem Versammlungsort in Neukölln, allerdings schon vor Beginn der Versammlung. In dem Lied ist auch das Ticken einer Bombe zu hören.

Neben antisemitischen Parolen äußerten Redner_innen und Teilnehmende auch Gewaltfantasien, etwa indem sie den bewaffneten Kampf gegen die israelische Zivilbevölkerung, die Intifada, verherrlichten. Ein Redner rief am 14. Mai: „Die Intifada ist die Lösung. Wir brauchen keine friedliche Lösung“ und „Rakete nach Rakete. Gaza wird immer stolzer. Es gibt keine Angst. Die Steine wurden zur Kalaschnikow“, woraufhin die Masse seine Parolen wiederholte. Weitere positive Bezüge auf die Intifada wurden vielfach auch auf Schildern artikuliert. In einem Fall wurde außerdem ein Stirnband mit dem Symbol der islamistischen Terrororganisation Hamas dokumentiert.

Charlottenburg-Wilmersdorf, 24. Mai: Eine Frau hatte auf einem Schild, das sie auf einer Versammlung in Charlottenburg bei sich trug, „I wish all Zionists a very صاروخ يلعن ابوكم [transliteriert: Sarukh Yalean 'Ubukum]“ geschrieben, übersetzt bedeutet das etwa „Ich wünsche allen Zionisten, dass eine Rakete eure Väter verflucht“. Sie glorifizierte damit die Aktionen radikalislamischer Terrororganisationen aus dem Gazastreifen, die Raketen auf israelische Orte und Zivilist_innen feuerten.

Viele antisemitische Aussagen, insbesondere antisemitische Gewaltvorstellungen, wurden auf Arabisch geäußert. Sie sind so für nicht-arabischsprachige Personen in den Strafverfolgungsbehörden, Journalist_innen und Beobachter_innen nur schwer oder gar nicht verständlich. Dies kann als Lerneffekt aus vergangenen Jahren gedeutet werden, als es bundesweit zu israelfeindlichen Versammlungen und Ausschreitungen kam, die in den Medien und der Öffentlichkeit aufgrund antisemitischer Gewaltaufrufe verurteilt worden waren.

Darüber hinaus wurde Israel auf den dokumentierten Versammlungen vielfach auf Schildern, Bannern und in Redebeiträgen als rassistisches und faschistisches Unterfangen dargestellt sowie des Kolonialismus und der Apartheid bezichtigt. Entsprechende historische Phänomene werden durch ihre Entkontextualisierungen bagatellisiert, insbesondere wenn sie zum Zwecke der Dämonisierung und Delegitimierung genutzt werden.

Im Hinblick auf den politisch-weltanschaulichen Hintergrund versammelten sich auf den verschiedenen Versammlungen Veranstalter_innen und Teilnehmer_innen aus unterschiedlichen Spektren, darunter palästinensische und arabische religiöse und säkulare Nationalist_innen, Anhänger_innen und Unterstützer_innen antiisraelischer Boykott-Kampagnen, Vertreter_innen aus dem links-antiimperialistischen Spektrum, Islamist_innen und türkische Nationalist_innen. Trotz aller Unterschiede werden die Versammlungen von RIAS Berlin im Hinblick auf den politisch-weltanschaulichen Hintergrund dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus zugeordnet. Diese Zuordnung geschieht dann, wenn die israelfeindliche Motivation der verantwortlichen Personen oder Gruppen, in deren Kontext der Vorfall stattfand, gegenüber einer bestimmten Positionierung (etwa im linken, rechten oder religiös-fundamentalistischen Milieu) überwiegt. Wie die antisemitischen Gewaltfantasien traten auch die anderen beschriebenen antisemitischen Motive spektrrenübergreifend auf. Ähnliche Deutungen des israelisch-palästinensischen Konflikts tragen dazu bei, das verschiedene politisch-weltanschauliche Milieus über ihre Unterschiede hinweg zusammenfinden und sich in der Ablehnung Israels vereinen.

Neben Versammlungen aus dem Spektrum des antiisraelischen Aktivismus, die RIAS Berlin als antisemitische Vorfälle dokumentierte, richteten sich antisemitische Anfeindungen auch gegen Personen, die Solidaritätsveranstaltungen mit Israel besuchten; die Anfeindungen fanden vor Ort oder auf dem Nachhauseweg statt.

Angriffe

In dem zugrunde gelegten Zeitraum wurden RIAS Berlin vier antisemitische Angriffe bekannt. Sie sollten jedoch nicht als isolierte Ereignisse bewertet werden, denn die Angriffe ereigneten sich in einer Phase, in der es zu zahlreichen Anfeindungen gegen Jüdinnen_Juden in Berlin online und auf der Straße kam. Während sich viele Jüdinnen_Juden in Berlin Sorgen um Angehörige und Freund_innen in Israel machten, wurden sie selbst als Stellvertreter_innen Israels adressiert, beleidigt oder bedroht. Befördert wurde die Stimmung in der Stadt auch durch die zahlreichen Versammlungen. Auf einer von ihnen kam es zu Angriffen auf Jüdinnen_Juden.

Neukölln, 15. Mai: Auf der Versammlung am Samstag, dem 15. Mai 2021, kam es in Neukölln zu zwei Angriffen gegen Jüdinnen_Juden. In einem Fall wurden drei Personen von Teilnehmer_innen antisemitisch beleidigt, bedroht und angegriffen, einer der Betroffenen wurde zudem homophob beschimpft. Sie waren aufgrund einer Kippa und einer Kette mit Davidstern-Anhänger als jüdisch erkennbar und befanden sich am Rande der Versammlung. Als eine der drei Personen, wie zahlreiche andere auch, am Rande der Versammlung mit ihrem Handy Fotos aufnehmen wollte, wurden sie von Teilnehmer_innen der Versammlung als „Zionistenhure“ und „Kindermörder“ beschimpft. Rasch sammelte sich eine Traube von circa fünfzig Personen um die drei herum, aus der heraus sie für die Situation in Israel verantwortlich gemacht und aufgefordert wurden, „in ihr Land zurückzugehen“. Keine der Personen war israelische_r Staatsbürger_in. Eine an der Versammlung teilnehmende Frau stellte sich schützend vor die Gruppe; sie wurde rassistisch beleidigt.

Auf derselben Versammlung berichtete eine israelische Reporterin auf Hebräisch. Eine Person bewarf sie während ihres Berichts mit einem Böller, der sie aber verfehlte.

Mitte, 20. Mai: Als Kundgebungsteilnehmer_innen eine israelsolidarische Versammlung am Potsdamer Platz Richtung Brandenburger Tor verließen, wurden sie von ihnen unbekannt Personen bespuckt, beleidigt und bedrängt. Ihre Israelfahne aus Papier wurde entwendet und zerrissen.

Tempelhof-Schöneberg, 22. Mai: Ein Mann mit Kippa befand sich in der Nacht auf dem Nachhauseweg, als drei ihm unbekannte Männer ihn ansprachen und beleidigten. Einer der drei schlug ihm mit der Faust ins Gesicht und beleidigte ihn antisemitisch. Durch den Schlag prallte der Betroffene gegen eine Schaufensterscheibe. Die Angreifer flüchteten. Der Betroffene musste ins Krankenhaus gebracht und ambulant behandelt werden.

Gezielte Sachbeschädigungen

In sechs Fällen kam es zu gezielten Sachbeschädigungen, bei denen ein Bezug zur Eskalation im israelisch-palästinensischen Konflikt vermutet werden kann.

Mitte, 24. Mai: In der Nacht zum 24. Mai hörte ein Mann gegen 1 Uhr laute Geräusche vor seiner Wohnung. Am nächsten Morgen stellte er fest, dass seine Wohnungstür mit Eiern beworfen worden war. Der Betroffene vermutet, dass er aufgrund seiner hebräischen Sprache als Israeli identifiziert wurde.

Lichtenberg, 17. Mai: In der Nacht zu Montag übergossen Unbekannte in Hohenschönhausen den Gedenkstein für die 1938 zerstörte Synagoge der Jüdischen Gemeinde mit grüner Farbe.



◀ Mitte, 24. Mai: Die Wohnungstür eines als hebräischsprachig identifizierten Mieters wurde mit Eiern beworfen.

Bedrohungen

Im genannten Zeitraum wurden RIAS Berlin insgesamt sieben antisemitische Bedrohungen von Jüdinnen_Juden oder jüdischen Organisationen gemeldet. Jede Bedrohung bezog sich entweder auf Israel oder den israelisch-palästinensischen Konflikt und adressierte die Betroffenen als Vertreter_innen Israels. Überwiegend erreichten die Drohungen sie online, in einem Fall von Angesicht zu Angesicht.

Online, 11. Mai: Ein jüdischer Berliner postete eine israelsolidarische Nachricht auf Instagram. Eine Person, die sich als Palästinenserin ausgab, verschickte an den Betroffenen mehrere Sprachnachrichten. U. a. sagte sie: „Wherever you are, I can make problem for you. [...] If you live in Israel, I gonna kill you, I gonna kill your mom, kill your dad and family.“ Eine weitere Person, die eine Sprachnachricht schickte, drohte ebenfalls: „I’m gonna kill your face and kill your family.“

Verletzendes Verhalten

RIAS Berlin wurden zwischen dem 9. Mai und dem 8. Juni 2021 zudem 130 Fälle verletzenden Verhaltens bekannt, die einen Bezug zu Israel oder zum israelisch-palästinensischen Konflikt aufwiesen. RIAS Berlin fasst unter dieser Kategorie sämtliche antisemitische Äußerungen gegenüber jüdischen oder israelischen Personen und Organisationen sowie antisemitische Anfeindungen gegenüber anderen Personen oder Institutionen.

Die Mehrheit dieser Vorfälle, rund zwei Drittel (65,4%), ereignete sich online. Es handelte sich um E-Mails oder private Nachrichten in den Sozialen Medien an Privatpersonen und jüdische oder als jüdisch wahrgenommene Organisationen, um adressierte Beiträge in den Sozialen Medien oder um Kommentare ähnlich wie in den folgenden Beispielen. Betroffene berichteten zudem, dass das Klima gerade in den Sozialen Medien für sie zu einer Belastung geworden sei. Mitunter deaktivierten sie ihre Accounts oder mieden Social-Media-Plattformen wie Twitter, Instagram oder Facebook.

Online, 9. Mai: Bereits am 9. Mai reagierte eine Person auf die Instagram-Story einer jüdischen Frau, die zum Ende des Schabbats ein Bild von einem Brettspielabend mit ihrer Familie mit dem Gruß „Shavua Tov“ gepostet hatte, mit antisemitischen Anfeindungen: „Palästina für immer ihr israelischen bastarde ich hoffe gott bestrafte euch hürensohne“ (sic!). In ihrer Instagram-Story, auf welche die Person reagiert hatte, fanden sich keine Bezüge auf Israel.

Online, 10. Mai: Eine Person schrieb an eine in Berlin ansässige jüdische zivilgesellschaftliche Einrichtung eine Direktnachricht auf Facebook: „Möge sich Gott an euch Juden rechnen (sic!) für das was ihr Palästina antut. Schmort in der Hölle dafür!“

Online, 16. Mai: Ein Berliner Journalist, der zuvor in einer englischsprachigen Publikation über Antisemitismus berichtet hatte, erhielt eine englischsprachige E-Mail. Darin wurde gefordert, Jüdinnen_Juden wie in den 1930er-Jahren zum Auswandern zu bewegen, da Jüdinnen_Juden in den letzten 4.000 Jahren für viele der größten Rückschläge in der Menschheit verantwortlich gewesen seien. Der_die Verfasser_in beendete die Mail mit: „The Nazis were harsh but basically right.“

Nicht nur online kam es zu antisemitischen Anfeindungen, Jüdinnen_Juden wurden auch von Angesicht zu Angesicht beleidigt und angefeindet:

Neukölln, 12. Mai: Eine Frau mit Davidstern-Kette befand sich an einer Bushaltestelle in Neukölln und fotografierte ein Plakat, das zu einer Versammlung zum „Nakba-Tag“ aufrief. Ein Mann beobachtete sie dabei, kam auf sie zu und beschimpfte sie mit „Fick dich, Judenschlampe“. Er lief an ihr vorbei, drehte sich noch einmal um und lachte laut. Die Betroffene stieg in den nächsten Bus.

Charlottenburg-Wilmersdorf, 16. Mai: Eine Frau in der U-Bahn-Linie U5 trug offen sichtbar ihren Davidstern-Anhänger. Als ihre Haltestelle nahte, ging sie zum Türbereich. Ein Mann drehte sich um und sagte leise, nur für die Betroffene hörbar „Juden hier raus!“. Die Betroffene fragte perplex nach „Bitte?!“, woraufhin der Mann nur hämisch lachte und ausstieg.

Mitte, 20. Mai: Zwei Personen waren in Mitte unterwegs, einer davon ein jüdischer Mann mit Kippa, als ihnen ein Radfahrer „Scheiß Hurensöhne“ zurief.

Antisemitische Äußerungen, die RIAS Berlin ebenfalls als Fälle verletzenden Verhaltens dokumentierte, waren außerdem vermehrt im Berliner Straßenbild sichtbar, etwa in Form von Schmierereien:

Neukölln, 3. Juni: An einem Baugerüst in der Hermannstraße und an einer öffentlichen Toilette am Kranoldplatz sowie an einem roten Bauwagen in der Fontanestraße hatten unbekannte Personen großflächige antisemitische Schmierereien angebracht. Sie zeigten einen Davidstern in einem weißen oder durchsichtigen Kreis auf rotem Grund. Das Symbol war einer Hakenkreuz-Flagge nachempfunden, in der das Hakenkreuz durch einen Davidstern ersetzt wurde. Darüber war „Cultural Apropriation“ (sic!) geschrieben, übersetzt „kulturelle Aneignung“. Der Begriff bezeichnet in der postkolonialen Theorie die Übernahme

von Bestandteilen einer Kultur oder Identität. Hier sollten offenbar der Staat Israel mit dem nationalsozialistischen Deutschland und die aktuelle israelische Politik mit der Politik der Nazis gleichgesetzt werden. Darüber hinaus repräsentiert der Davidstern nicht nur Israel, er ist in erster Linie ein jüdisches Symbol, das unabhängig vom Staat Israel stehen kann. Angefeindet wurden insofern Jüdinnen_Juden insgesamt, unabhängig davon, ob sie sich mit dem Staat Israel identifizieren oder nicht. Schließlich kann die Schmiererei auch als Anspielung auf ein Stereotyp des modernen Antisemitismus verstanden werden, demzufolge Jüdinnen_Juden über keine eigene kulturelle Identität verfügen und sich fremde kulturelle Elemente aneignen würden.

Friedrichshain-Kreuzberg, 29. Mai: In Kreuzberg wurde eine antisemitische Schmiererei entdeckt. Auf einen Stromkasten und einen Container wurden ein Davidstern und ein Hakenkreuz mit einem Gleichheitszeichen dazwischen gemalt, daneben eine Flagge Palästinas.

Neukölln, 3. Juni: Gleichsetzung von Jüdinnen_Juden mit NS-Deutschland.



Antisemitismus als alltagsprägende Erfahrung für Jüdinnen_Juden

Antisemitismus ist eine alltagsprägende Erfahrung für Jüdinnen_Juden in Berlin. Er begegnet ihnen in ganz unterschiedlichen Formen und in verschiedenen Kontexten. Das bedeutet nicht, dass sie täglich antisemitische Anfeindungen erleben, aber es gibt kaum Räume, in denen jüdische Menschen nicht damit rechnen müssen, mit Antisemitismus konfrontiert zu werden. In Phasen, in denen wie im Mai und Juni 2021 bestimmte Anlässe zur Gelegenheitsstruktur werden, vermehren sich antisemitische Vorfälle, und die Gefahr von Anfeindungen steigt. Über den Anlass und die Phase hinaus kann es zu einer Verschiebung der Grenzen des Sagbaren und zu einer „Normalisierung“ zumindest bestimmter Formen antisemitischer Anfeindungen kommen.

Jüdinnen_Juden in Berlin haben während der Eskalation im Nahostkonflikt im Mai 2021 Antisemitismus in zahlreichen Formen erlebt, als Angriff oder Bedrohung, als gezielte Beschädigung ihres Eigentums, als antisemitische Kommentare, Beleidigungen oder Anfeindungen, online und von Angesicht zu Angesicht. Zwischen dem 9. Mai und dem 8. Juni wurden RIAS Berlin 152 Vorfälle bekannt, die einen Bezug zur erneuten Eskalation im israelisch-palästinensischen Konflikt aufwiesen. In rund drei Vierteln (74,34 %) dieser Vorfälle waren die Betroffenen Personen oder Organisationen, die jüdisch oder israelisch waren oder als solche adressiert wurden.⁸

Antisemitismus begegnete Jüdinnen_Juden dabei am Arbeitsplatz, in Gesprächen und Diskussionen im Bekannten- oder Freundeskreis, im Umfeld von Synagogen, während zufälliger Begegnungen im Supermarkt, im öffentlichen Personennahverkehr, auf der Straße und im eigenen Wohnumfeld. Einzelne Personen berichteten außerdem, dass sie Orte jüdischen Lebens wie die Synagoge während dieser Wochen nicht wie gewohnt besuchten.

⁸ In 32 Vorfällen waren Personen und in 81 Vorfällen waren Organisationen jüdisch oder israelisch oder wurden als solche adressiert.

MELDESTELLE FÜR ANTISEMITISCHE VORFÄLLE

Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin) wurde 2015 als bundesweit erste zivilgesellschaftliche Anlaufstelle für Betroffene und Zeug_innen von antisemitischen Vorfällen ins Leben gerufen. Seitdem hat RIAS Berlin ein stadtweites Meldernetzwerk für antisemitische Vorfälle aufgebaut.

Bei Bedarf vermittelt RIAS Berlin professionelle Beratungsangebote für Betroffene, deren Angehörige oder Zeug_innen von Antisemitismus und macht die Perspektiven der Betroffenen sichtbar.

Die dem Projekt bekannt gewordenen antisemitischen Vorfälle werden systematisch dokumentiert und ausgewertet. Die erhobenen Daten und Analysen veröffentlicht das Projekt halbjährlich in dem Bericht „Antisemitische Vorfälle in Berlin“ und erstellt das umfassendste Lagebild über den Antisemitismus in Berlin.

Das Projekt sensibilisiert auf diese Weise Öffentlichkeit, Politik, Justiz und Polizei für aktuelle Erscheinungsformen und Betroffenenperspektiven und schafft konkrete Ansatzpunkte für zivilgesellschaftliches solidarisches Handeln.

Antisemitische Vorfälle können jederzeit unter www.report-antisemitism.de gemeldet werden.



**Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin)**

RIAS Berlin ist Mitglied in der Bundesarbeitsgemeinschaft des Bundesverbands der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e. V. und orientiert sich an den dort formulierten Qualitätsanforderungen.

UNSERE ANGEBOTE

Vertrauensvolle Annahme anonymer
Meldungen antisemitischer Vorfälle

Vermittlung von weitergehenden
Unterstützungsangeboten
(juristisch, psychologisch, politisch
sowie Betroffenen- und
Antidiskriminierungsberatung)

Unterstützung bei Anzeigenstellung

Kontaktstelle für Polizei bei
Anzeigenstellung (Kleiner Zeugenschutz)

Unterstützung bei öffentlicher
Kommunikation der Erfahrungen

Auskünfte über antisemitische
Ausdrucksformen, Gruppen, Ereignisse

Jederzeit können Sie Ihre Erfahrungen und Beobachtungen
antisemitischer Vorfälle über die Meldeseite **www.report-antisemitism.de**
oder die Mobilnummer **0152 / 13 36 21 98** mitteilen.

facebook.com/AntisemitismusRechercheBerlin

twitter.com/Report_Antisem

RIAS Berlin ist ein Projekt des

vdK

verein für demokratische kultur in berlin –
initiative für urbane demokratieentwicklung e.v.

gefördert von

